

Klausurtagung

CDU propagiert das Kuschel-Image

Die CDU will sich politisch neu verorten. Nach Auffassung des Vorstandes sollen die Grundpositionen der Partei irgendwie wärmer, gerechter, freiheitlicher, sozialdemokratischer werden, um neue Wählerschichten zu gewinnen und die SPD ins Herz zu treffen.

Von Carsten Volkery

07.01.2006, 16.10 Uhr

Mainz - Bei ihrer Klausurtagung in Mainz, die heute zu Ende ging, erweckten die CDU-Vorständler den Eindruck, dass sie nicht wirklich etwas zu bereden hatten. Wie langweilig es zuzuging, zeigt der Umstand, dass das Gerücht, dass Friedbert Pflüger Spitzenkandidat der Berliner CDU werden soll, zum Knüller des gestrigen Abends avancierte. Es wurde umgehend von der Parteispitze dementiert. Pflüger, der

braungebrannt direkt von Gran Canaria nach Mainz gekommen war, tat so, als wisse er von nichts.

Wenig mitreißend waren offensichtlich auch die beiden Gastredner, die heute die beiden ersten Stunden bestritten.

Jedenfalls konnten die Vorträge eines Hirnforschers, der über die Bedeutung frühkindlicher Erziehung dozierte, und des BASF-Chefs Jürgen Hambrecht über die Globalisierung einige

Ministerpräsidenten nicht davon abhalten, früher nach Hause zu fahren.



Christoph Böhr und Angela Merkel: "Die SPD ist unser Gegner" Foto: DPA

Um in der Pressekonferenz am Ende überhaupt etwas bekannt geben zu können, hatte Generalsekretär Ronald Pofalla den Begriff der "neuen Gerechtigkeit" erfunden. Damit will sich die CDU dieses Jahr ein neues, sozialeres Profil geben und den Sozialdemokraten einen ihrer Kernbegriffe streitig machen. Pofalla hatte den Slogan "Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit" bereits am Mittwoch in einem Gastbeitrag in der "FAZ" lanciert. Heute folgte die "Mainzer Erklärung", in der das neue Lieblingswort der Christdemokraten über fast zwei Seiten in allen Variationen auftauchte. Es folgte ein einziger dürrer

Absatz über die Bedeutung von Freiheit. Das einstige Idol Ludwig Erhard tauchte in der Grundsatzklärung gar nicht auf.

"Vielzahl von Ungerechtigkeiten"

Es gebe eine "Vielzahl von Ungerechtigkeiten" in der Gesellschaft, die adressiert werden müssten, erklärte Merkel in der Pressekonferenz. Als Beispiel nannte sie das Sozialsystem. Während man im Steuersystem progressive Tarife für gerecht erachte, funktionierten die Sozialkassen letztendlich nach dem Prinzip der "Flat Tax". Darüber müsse man nachdenken. Der Begriff der Gerechtigkeit sei immer schon zentrales Gedankengut der Union gewesen, sagte Fraktionschef Volker Kauder. Im April soll eine zweijährige Grundsatzdebatte darüber beginnen, was Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert bedeutet.

Die Kanzlerin und ihre Getreuen haben an der Sozialdemokratisierung der Partei offensichtlich Gefallen gefunden. Zwar bekräftigte der rheinland-pfälzische CDU-Spitzenkandidat Christoph Böhr, der gestern seinen Wahlkampfauftakt hatte: "Die SPD ist unser Gegner." Doch anders als in der Vergangenheit besteht die Wahlkampfstrategie im Moment weniger in der Abgrenzung als vielmehr in einer Art tödlichen Umarmung des Berliner Koalitionspartners.

Die Frage ist, ob die Wähler der CDU die Umetikettierung abkaufen. Denn das Programm bleibt zunächst das Gleiche. Auch innerhalb der Partei wird die neue Rhetorik nicht ohne Murren hingenommen. Zwar kann Merkel sich im Moment alles leisten, aber der hessische Ministerpräsident Roland Koch ist sichtlich unzufrieden mit der Pofalla-Wende. Die CDU habe "keinen Anlass", sich neu aufzustellen, knurrte er, als er das Tagungshotel Hyatt am Rheinufer verließ. Auf keinen Fall werde es eine neue CDU geben, die zwischen der alten CDU und der SPD liege.

Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel

Doch das Signal von Mainz soll lauten, dass die CDU ihre Lektion aus dem Bundestagswahldebakel gelernt hat. Fortan müsse man das eigene Programm besser verkaufen, heißt es. Freundlicher, weniger abschreckend soll es wirken. Der Begriff der Freiheit müsse nun "mit den Erwartungen der Gesellschaft" in Einklang gebracht werden, formuliert auch Koch.

Der Denkprozess über das künftige christdemokratische Profil läuft schon seit Jahren, hat aber durch die Wahlanalyse neue Dringlichkeit erhalten. Die CDU sieht mit Sorge, dass ihr der Zugang zu ganzen Wählergruppen wie älteren Arbeitnehmern und städtischen Milieus verschlossen bleibt. Bereits bei der letzten Vorstandssitzung Anfang

Dezember hatte es eine heftige Debatte über den neuen Kurs gegeben. Koch hatte dafür plädiert, den Begriff der Freiheit zum Parteikern zu machen. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hatte dagegen gehalten, dass die christlich-sozialen Wurzeln wieder stärker in den Mittelpunkt rücken müssten, um das Image der Neoliberalen loszuwerden. In dem gewundenen Motto "Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit" sollen sich nun beide Seiten wieder finden.

Die CDU-Spitze hält die Große Koalition für so stabil, dass sie glaubt, auf Empfindlichkeiten der SPD keine Rücksicht nehmen zu müssen. In den anstehenden Wahlkämpfen will die CDU ihren Berliner Koalitionspartner nicht schonen. Der Begriffsklau ist ein riskantes Manöver, nicht nur, weil die SPD ihn nicht so ohne weiteres hinnehmen wird. Auch die Glaubwürdigkeit der CDU steht auf dem Spiel.